



Landeshauptstadt Kiel Postfach 1152 24099 Kiel

Amt

Tiefbauamt

Piratenpartei Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein
Ringstr.58

24103 Kiel

Datum:	17.07.2013
Ihr Zeichen und Datum:	
Unser Zeichen:	66.41.3
Ihr Ansprechpartner:	Erhard Kujath
Telefon (0431)	901-2632
Telefax (0431)	901-62657
E-Mail:	erhard.kujath@kiel.de
Dienstgebäude:	Rathaus
Zimmer:	443
Erreichbar mit Bus:	Haltestelle Holstenbrücke

Sondernutzungserlaubnis für das Aufstellen von Stellschildern/Plakate

Sehr geehrter Herr Moritz ,

wir erteilen Ihnen auf Antrag gem. § 21 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung vom 25.11.2003 (GVBl. Schl.-Holst. 2003 S. 631), i.V.m. § 3 der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Landeshauptstadt Kiel vom 02.05.1989 (Kieler Nachrichten vom 13.06.1989), geändert durch die 3. Nachtragssatzung vom 18.03.2003 (Kieler Nachrichten vom 31.03.2003) die jederzeit widerrufbare Erlaubnis, auf öffentlicher Fläche **Stellschilder/Plakate (max. A 0, Hochformat) im Rahmen der „Bundestagswahl 2013“ aufstellen zu dürfen.**

- Die Schilder dürfen in der Zeit **vom 25.08. (0.00 Uhr) bis 22.09.2013** aufgestellt werden.
- Für den Auf- und Abbau tragen Sie die Verantwortung.
- Die Plakate müssen eindeutig als Wahlwerbung für Ihre KandidatenInnen oder Partei erkennbar sein.
- Es dürfen keine Plakate im Bereich von Haltestellen aufgestellt werden.

Die Sondernutzungserlaubnis wird Ihnen unter folgenden Auflagen erteilt:

1. Die Werbung darf ausschließlich an solchen Stellen durchgeführt werden, wo der Fahrzeug- und Personenverkehr nicht behindert oder gefährdet wird. Es dürfen **keine Plakate in der Fußgängerzone „Holstenstraße“ und „Alter Markt“** sowie auf dem **Mittelstreifen im Theodor-Heuss-Ring, Konrad-Adenauer-Damm, Ostring zwischen Franziusallee und Tiefe Allee** aufgestellt werden.
2. Es ist darauf zu achten, dass an Kreuzungen / Einmündungen sowie an Fußgängerüberwegen / Fußgängerquerungshilfen die Sichtwinkel frei bleiben und auch keine sonstigen Verkehrsbehinderungen entstehen. Ebenfalls darf die Sicht auf Verkehrszeichen nicht behindert werden. Flächen vor Gebäude- und Treppenzugängen sowie Einfahrten sind frei zu halten.

3. **An Verkehrsschildern dürfen keine Stellschilder / Plakate angebracht werden. Dazu gehören auch Lichtmasten, an denen Verkehrsschilder angebracht sind. Vor und an Lichtzeichenanlagen ist die Beschilderung verboten.**
4. **Es dürfen keine Neonplakate verwendet werden. Eine Doppelbelegung an Standorten, an denen die Fa. Thomsen Werbemittelvertrieb ihre Plakatträger präsentieren ist nicht zulässig.**
5. **Plakate dürfen nicht an Bäumen und Brücken oder Brückengeländern befestigt werden.**
6. **Die Plakate dürfen nicht mehr als 2,00 m (Unterkante Plakat) in der Höhe angebracht werden.**
7. **Die Plakatträger sind so aufzustellen, dass sie durch Wind und Nässe nicht aufgeweicht oder eingerissen werden können, nicht umfallen und der Abstand zum Bordstein mindestens 0,60 m beträgt. Falls ein Radweg vorhanden ist, sind mind. 0,30 m Sicherheitsabstand zum Radweg einzuhalten.**
8. **Beim Anbringen von Plakatträgern an Lichtmasten o.ä. dürfen die Oberflächen nicht beschädigt werden. Die Verwendung von Draht ist nicht zulässig, es sei denn, dieser ist gummiert. Es wird empfohlen, Kabelbinder aus Kunststoff zu verwenden.**
9. **Die ordnungsgemäße Befestigung der Plakatträger ist vom Aufsteller laufend zu kontrollieren. Mängel sind zu beseitigen.**
10. **Die Schilder sind unmittelbar nach der Veranstaltung abzuräumen. Ebenso sind die Befestigungsmaterialien restlos zu entfernen. Plakatträger und Werbeeinrichtungen, die nicht spätestens vier Tage nach der Veranstaltung abtransportiert worden sind, können nach Maßgabe der Gesetze auf Ihre Kosten entfernt werden.**
11. **Sollte gegen eine der vorstehenden Auflagen verstoßen werden, wird das Tiefbauamt oder eine vom Tiefbauamt beauftragte Firma, ohne jegliche Vorwarnung die Plakatträger auf Ihre Kosten entfernen lassen.**

Allgemeine Hinweise:

Diese Erlaubnis gilt nur für die/den in der Anschrift genannte/n Erlaubnisnehmer/in und ist nicht übertragbar.

Wenn städtische oder andere überwiegend öffentliche Interessen es erfordern, kann diese Erlaubnis jederzeit widerrufen werden. Dies gilt insbesondere, wenn die öffentliche Sicherheit, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gefährdet sind oder Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum behindert werden. Die Verkehrssicherungspflicht obliegt Ihnen.

Schadensersatzansprüche Dritter, die durch die Sondernutzung gestellt werden könnten, sind der Landeshauptstadt Kiel von der Hand zu halten. Die Haftung wird von Ihnen und Ihrem evtl. Rechtsnachfolger als Gesamtschuldner übernommen. Die Landeshauptstadt Kiel übernimmt keine Haftung.

Sie haben, wenn die Erlaubnis widerrufen werden muss oder bei Änderung der rechtlichen Eigenschaften oder der tatsächlichen Beschaffenheit der Verkehrsfläche, keinen Anspruch auf Entschädigung oder Zuweisung anderer Standorte.

Gebühren:

Von der Verwaltungsgebühr sind Sie im Wahlkampf gemäß § 3 Abs. 1 b der Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Kiel vom 23.10.2001 (Kieler Nachrichten vom 29./31.10.2001) in der Fassung des 3. Nachtrags vom 14.06.2007 befreit.

Von der Sondernutzungsgebühr sind Sie im Wahlkampf gemäß § 5 Abs. 1, Ziff. 3 der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Landeshauptstadt Kiel vom 30.05.2005 (Kieler Nachrichten vom 03.06.2005) in der Fassung der 1. Nachtragssatzung vom 23.03.2006 (Kieler Nachrichten vom 27.03.06) befreit.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe schriftlich bei der Landeshauptstadt Kiel - Die Oberbürgermeisterin - Tiefbauamt, Postfach 11 52, 24099 Kiel, oder zur Niederschrift bei der Landeshauptstadt Kiel - Die Oberbürgermeisterin - Tiefbauamt, Fleethörn 9 – 17 (Rathaus), Zimmer 443, Widerspruch erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Erhard Kujath

